

Betriebssatzung für den Eigenbetrieb der Stadt Königs Wusterhausen „Städtischer Betriebshof“

Aufgrund des § 3 i.V.m. § 93 Absatz 1 der Kommunalverfassung des Landes Brandenburg (BbgKVerf) vom 18. Dezember 2007 (GVBl.I/07, [Nr. 19], S.286), zuletzt geändert durch Artikel 3 des Gesetzes vom 18. Dezember 2018 (GVBl.I/18, [Nr. 37], S.4) i.V.m. § 3 der Verordnung über die Eigenbetriebe der Gemeinden (EigV) vom 26. März 2009 (GVBl. II S. 150) hat die Stadtverordnetenversammlung in ihrer Sitzung vom 24.06.2019 (veröffentlicht im Amtsblatt der Stadt Königs Wusterhausen Nr. 8 vom 31.07.2019, Jhg. 30, Seite 101-102) folgende Satzung beschlossen:

§ 1 Rechtsstellung und Name des Eigenbetriebes

(1) Der Städtische Betriebshof der Stadt Königs Wusterhausen wird als organisatorisch, verwaltungsmäßig und wirtschaftlich selbständiger Betrieb ohne eigene Rechtspersönlichkeit entsprechend den gesetzlichen Vorschriften insbesondere des § 93 BbgKVerf und der Eigenbetriebsverordnung (EigV) sowie den Bestimmungen dieser Satzung geführt.

(2) Der Eigenbetrieb trägt den Namen „Städtischer Betriebshof.“

§ 2 Gegenstand des Eigenbetriebes

Aufgabe des Eigenbetriebes ist, auf der Basis einer entsprechenden Beauftragung, die Wahrnehmung der von der Stadt übertragenen Aufgaben der Straßenreinigung einschließlich des Winterdienstes, die Wartung, Pflege und Reparatur der städtischen Grünanlagen, Straßen, Wege und Plätze. Des Weiteren sind Dienstleistungen und Havarieaufgaben für die Stadt Königs Wusterhausen und anderer Auftraggeber im Rahmen der vorhandenen Betriebsstruktur zu übernehmen. Hierzu gehört im Rahmen der Gesetze – insbesondere § 92 Abs. 2 BbgKVerf - auch die Einrichtung und Unterhaltung von Neben- und Hilfsbetrieben, wenn diese wirtschaftlich mit dem Eigenbetrieb zusammenhängen und der optimalen Aufgabenerfüllung des Eigenbetriebes unmittelbar dienen.

§ 3 Stammkapital

Das Stammkapital des Eigenbetriebes wird in Höhe von 200.000,- € festgesetzt.

§ 4 Zuständige Organe

Für die entsprechenden Angelegenheiten des Eigenbetriebes sind folgende Organe zuständig:

1. die Stadtverordnetenversammlung;
2. der Hauptausschuss der Stadtverordnetenversammlung;
3. die Werkleitung.

Für den Bürgermeister gilt § 9 dieser Satzung.

§ 5 Werkleitung

(1) Zur Leitung des Eigenbetriebes wird durch die Stadtverordnetenversammlung auf Vorschlag des Bürgermeisters eine Werkleitung bestellt. Die Werkleitung besteht aus dem Ersten Werkleiter und einem weiteren Werkleiter.

(2) Die Werkleitung nimmt die Aufgaben nach § 5 EigV wahr. Sie leitet den Eigenbetrieb selbständig und entscheidet in allen Angelegenheiten des Eigenbetriebes, soweit diese nicht nach den Bestimmungen der BbgKVerf, der EigV oder dieser Betriebssatzung den anderen Organen des Eigenbetriebes vorbehalten sind. Sie ist für die wirtschaftliche Führung des Eigenbetriebes nach kaufmännischen Grundsätzen verantwortlich.

(3) Der Werkleitung obliegen insbesondere die laufenden Geschäfte (Angelegenheiten der laufenden Verwaltung und Betriebsführung) des Eigenbetriebes. Dazu gehören unter anderem alle im täglichen Betrieb regelmäßig wiederkehrenden Maßnahmen, die zur Durchführung der Aufgaben, zur Aufrechterhaltung des Betriebes und zum reibungslosen Geschäftsablauf notwendig sind. Sie entscheidet zusätzlich in allen Angelegenheiten nach § 7 Absatz 3 dieser Satzung, soweit die dort bestimmten Wertgrenzen im Einzelfall unterschritten werden.

(4) Die Werkleitung ist Vorgesetzter aller Beschäftigten des Eigenbetriebes. In dieser Funktion ist sie zur Steuerung der innerbetrieblichen Organisation befugt, den Beschäftigten des Eigenbetriebes fachliche Weisungen zu erteilen.

(5) Die Ausübung personalrechtlicher Befugnisse obliegt dem Bürgermeister. Die Werkleitung hat bei Personalentscheidungen ein Mitwirkungsrecht.

(6) Der Bürgermeister regelt in einer Dienstanweisung die Geschäftsverteilung und die Zuständigkeiten innerhalb der Werkleitung.

§ 6 Vertretung der Gemeinde in Angelegenheiten des Eigenbetriebes

Die Werkleitung ist befugt, im Rahmen und unter Beachtung der Formerfordernisse des § 6 EigV verpflichtende Erklärungen abzugeben. Verpflichtende Erklärungen in Personalangelegenheiten gibt die Werkleitung lediglich im Auftrag des Bürgermeisters ab.

§ 7 Hauptausschuss der Stadtverordnetenversammlung

(1) Die nach der Verordnung über die Eigenbetriebe der Gemeinden einem Werksausschuss obliegenden Befugnisse und Aufgaben nimmt der Hauptausschuss der Stadtverordnetenversammlung wahr.

(2) Für die Angelegenheiten des Eigenbetriebes, die der Beschlussfassung der Stadtverordnetenversammlung unterliegen, wird der Hauptausschuss als beratender Ausschuss tätig.

(3) Über alle Angelegenheiten des Eigenbetriebes, die nicht in den Zuständigkeitsbereich der Stadtverordnetenversammlung oder der Werkleitung fallen, entscheidet der Hauptausschuss als beschließender Ausschuss.

Das sind insbesondere:

1. Verträge, wenn der Vertragswert im Einzelfall den Betrag von 100.000,- Euro (Netto) überschreitet,
2. die Vergabe von Aufträgen für Lieferungen und Leistungen, wenn der Gegenstandswert im Einzelfall den Betrag von 100.000,- Euro (Netto) überschreitet,
3. Stundung von Forderungen, wenn sie im Einzelfall den Betrag von 500,- Euro überschreiten und den Betrag von 1.500,- Euro nicht übersteigen,
4. die befristete Niederschlagung von Forderungen, wenn sie im Einzelfall die Höhe von 500,- Euro überschreiten,
5. über- und außerplanmäßige Ausgaben einzelner Vorhaben des Finanzplanes, die 5% des Ansatzes, mindestens jedoch den Betrag von 10.000,- Euro überschreiten,
6. über- und außerplanmäßige Ausgaben einzelner Vorhaben des Erfolgsplanes, die 15% des Ansatzes, mindestens jedoch den Betrag von 15.000,- Euro überschreiten, soweit dafür nicht die Zustimmung des §15 Abs. 4 EigV erforderlich ist,
7. Abschluss von Leasingverträgen, soweit sie den Betrag von 15.000,- Euro (Netto) überschreiten und den Betrag von 50.000,- Euro (Netto) nicht übersteigen.

(4) Erfolgsgefährdende Mehraufwendungen bedürfen gemäß § 15 Absatz 4 Satz 2 EigV der Zustimmung des Hauptausschusses.

§ 8 Zuständigkeit der Stadtverordnetenversammlung

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt in allen den Eigenbetrieb betreffenden Angelegenheiten nach § 28 Absatz 2 BbgKVerf und § 7 EigV. Sie beschließt zudem über die in § 7 Absatz 3 dieser Satzung festgelegten Angelegenheiten, soweit die dort genannten Wertobergrenzen im Einzelfall überschritten werden. Darüber hinaus kann sie die Entscheidung in weiteren Angelegenheiten, für die der Hauptausschuss zuständig ist, im Einzelfall an sich ziehen.

§ 9 Stellung des Bürgermeisters

Der Bürgermeister wird

1. im Rahmen seiner personalrechtlichen Befugnisse nach den §§ 61 f. BbgKVerf, dem § 3 Absatz 3 EigV und den entsprechenden ergänzenden Bestimmungen dieser Satzung,
2. im Rahmen des § 6 Absatz 3 EigV zur Mitunterzeichnung von Verpflichtungserklärungen und
3. im Rahmen seines Weisungs- und Anordnungsrechts nach § 9 Absätze 1 und 2 EigV zur Wahrung der Einheitlichkeit der Gemeindeverwaltung, zur Sicherung der Erfüllung der Aufgaben des Eigenbetriebes und zur Beseitigung von Missständen tätig.

§ 10 Wirtschaftsführung und Rechnungswesen

(1) Der Eigenbetrieb wird nach den Grundsätzen eines sparsam wirtschaftenden und leistungsfähigen Betriebes unter Beachtung der Aufgabenstellung geführt. Der Eigenbetrieb ist als Sondervermögen der Stadt Königs Wusterhausen zu verwalten und nachzuweisen. Auf die Erhaltung des Vermögens i.S.d. § 11 EigV wird hingewirkt.

(2) Das Wirtschaftsjahr des Eigenbetriebes entspricht dem Haushaltsjahr der Stadt Königs Wusterhausen.

(3) Für den Eigenbetrieb ist ein jährlicher Wirtschaftsplan aufzustellen, der alle Bestandteile und

Anlagen nach § 14 der Eigenbetriebsverordnung enthält. Die Erstellung einer spartenbezogenen Finanzplanübersicht und einer spartenbezogenen Finanzrechnungsübersicht erfolgt nicht.

(4) Der Wirtschaftsplan ist zu ändern, wenn die Voraussetzungen des § 14 Absatz 4 EigV vorliegen. Die Einstellung von bis zu 5 dauerhaft Beschäftigten bis zum Vergütungsmerkmal E 4 im laufenden Wirtschaftsjahr ist ohne Änderung des Wirtschaftsplanes zulässig.

§ 11 Jahresabschluss und Lagebericht

(1) Die Werkleitung stellt für den Eigenbetrieb auf der Grundlage des § 21 EigV einen Jahresabschluss sowie einen Lagebericht innerhalb von 3 Monaten nach Ablauf des Wirtschaftsjahres auf.

(2) Für die Jahresabschlussprüfung kommen die Vorschriften des § 106 BbgKVerf sowie die Regelungen des Abschnittes 3 der EigV zur Anwendung.